

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 23751 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

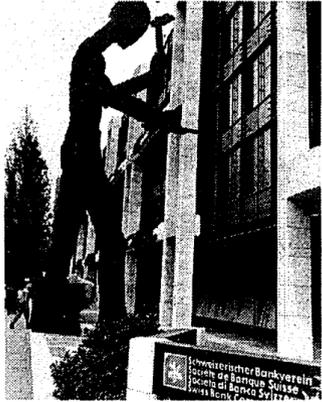
AKTUELL

Trübe Herbstbilanz am deutschen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Deutschland bietet im Herbst weiter ein trübes Bild und lässt die in dieser Jahreszeit übliche Erholung vermissen. Wie die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg am Dienstag mitteilte, waren im Oktober insgesamt 3,53 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, 4800 mehr als im September und 78 500 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich binnen Jahresfrist von 8,9 auf 9,2 Prozent.

Bankverein mit deutlich mehr Reingewinn

Der Schweizerische Bankverein hat den Reingewinn in den ersten neun Monaten dieses Jahres deutlich gesteigert. Das Ganzjahresresultat dürfte trotz höherem Wertberichtigungsbedarf wesentlich besser ausfallen als 1994, wie der Bankverein am Dienstag mitteilte. Der Schweize-



Erfreuliche Bilanz für den Schweizerischen Bankverein.

rische Bankverein (SBV) arbeitet gemäss eigenen Angaben im dritten Quartal erfolgreich. Dazu beigetragen haben neben der marktorientierten Organisation und weiterhin günstigen Rahmenbedingungen auf den internationalen Finanzmärkten die erstmalige Konsolidierung der S.G. Warburg-Gruppe. Die Integration sei in den vergangenen drei Monaten zügig vorangekommen und habe zusätzliche Marktanteile und Erträge gebracht.

Für Entschärfung des Kriegsmaterialgesetzes

Die Nationalratskommission SiK will das vom Bundesrat vorgelegte Kriegsmaterialgesetz entschärfen. Sie kam der Industrie entgegen und engte den Kriegsmaterialbegriff deutlich ein. Ob auch das Pilatus-Flugzeug als Kriegsmaterial definiert und damit der Bewilligungspflicht unterstellt werden soll, blieb zunächst offen.

Kein lebenslanges Ruhegehalt mehr für Regierungsmitglieder

Das Pensionsversicherungsgesetz für das Staatspersonal soll in eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts umgewandelt werden

Das Pensionsversicherungsgesetz für das Staatspersonal soll in eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts umgewandelt und in den Bestimmungen über die Personalvorsorge für die Regierungsmitglieder abgeändert werden: In Zukunft soll es keine lebenslangen Ruhegehälter mehr geben. Den entsprechenden Bericht und Antrag wird die Regierung dem Landtag in Kürze vorlegen, wie am gestrigen Pressegespräch zu erfahren war.

Nach geltendem Recht bildet die Pensionsversicherung für das Staatspersonal eine unselbständig öffentlich-rechtliche Anstalt des Landes. Die vorgeschlagene Umwandlung in eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts entspricht gemäss einer Mitteilung der Regierung vom Dienstag der Aufgabenteilung, die von der Regierung angestrebt wird. Auch bei der Pensionsversicherung sollen die Verwaltungsaufgaben durch die Organe der Pensionsversicherung selber wahrgenommen werden.

Die Organe der Pensionsversicherung müssen dieser neuen Rechtsform angepasst werden. Das wichtigste Organ wird der Stiftungsrat, in dem die Dienstgeber und Dienstnehmer mit gleicher Stimmstärke vertreten sind. Die Geschäftsleitung wird durch das Amt für Personal und Organisation besorgt. Bei der Ver selbständigung der Stiftung wird es in Zukunft besonders wichtig sein, dass



In Zukunft soll es für Regierungsmitglieder keine lebenslangen Ruhegehälter mehr geben, wie am gestrigen Pressegespräch der Regierung zu erfahren war. (Bild: vito)

Landtag und Regierung ihrer Aufsichtspflicht nachkommen können. Dadurch werden der Finanzkontrolle, der externen Kontrollstelle und dem Pensionsversicherungsexperten grössere Bedeutung zukommen.

Keine lebenslangen Ruhegehälter

Mit dem Übergang von nebenamtlichen zu hauptamtlichen Regierungsräten wurde klar, dass die bisherige Ru-

hegehaltsregelung den neuen Anforderungen nicht mehr genügen konnte. Als wichtigste Neuregelung kann der Verzicht auf das Ruhegehalt bezeichnet werden; in Zukunft soll es keine lebenslangen Ruhegehälter mehr geben. Die Rechte der früheren vollamtlichen Regierungsmitglieder werden jedoch durch diese Neuregelung nicht in Frage gestellt.

Nach abgeändertem Pensionsversicherungsgesetz besteht die Personalvorsor-

ge für den Fall des Austrittes aus der Regierung für die Regierungsmitglieder aus Überbrückungsgeldern. Die Überbrückungsgelder sollen den Regierungsmitgliedern helfen, nach ihrer Amtszeit eine neue Existenz aufzubauen oder die Zeit bis zur Pensionierung zu überbrücken. Die Überbrückungsgelder für vollamtliche Regierungsmitglieder fallen höher aus als diejenigen für hauptamtliche, da vollamtliche Mitglieder keine Möglichkeit haben, eine Teilzeitarbeit auszuüben, was den Übergang in eine neue Tätigkeit erleichtert. Die Regierungsmitglieder sind neu auch verpflichtet, der Pensionsversicherung beizutreten.

Revision der Pensionsversicherung

Bei der Revision des Pensionsversicherungsgesetzes zeigte sich, dass die Verwirklichung einer Totalrevision mit der Gleichberechtigung von Frau und Mann oder die Flexibilisierung des Altersrücktritts nur mit starken Eingriffen in die bisherige Systematik erreicht werden kann. Schwierigkeiten bereitete vor allem die Koordination mit dem AHV-Gesetz, dessen Revision bedeutend mehr Zeit benötigt. Aus diesen Gründen hat die Regierung beschlossen, die Teilrevision des Pensionsversicherungsgesetzes noch dieses Jahr dem Landtag zu unterbreiten und die Gesamtrevision im kommenden Jahr zusammen mit der Revision des AHV-Gesetzes vorzulegen.

Tunnelstreit: (Grünes) Licht am Ende des Tunnels Gnalp-Steg

Der Tunnel wird noch diese Woche fertiggestellt – Einvernehmliche Lösung im Unternehmerstreit betreffend Bezahlung in Sicht

(M.) – Wende im Streit um die Sanierung des Tunnels Gnalp-Steg. Nachdem letzte Woche noch eher mit einer Verschärfung der Lage gerechnet werden musste, konnte Bauministerin Dr. Cornelia Gassner gestern im Pressegespräch der Regierung über eine Kehrtwende berichten. Unternehmer Xaver Jehle bestätigte gestern Abend auf Anfrage hin die Ausführungen der Bauministerin und versprach: «Bis Ende Woche sind alle Tunnelelemente eingebaut und auch noch die letzten Abdichtungen montiert.»

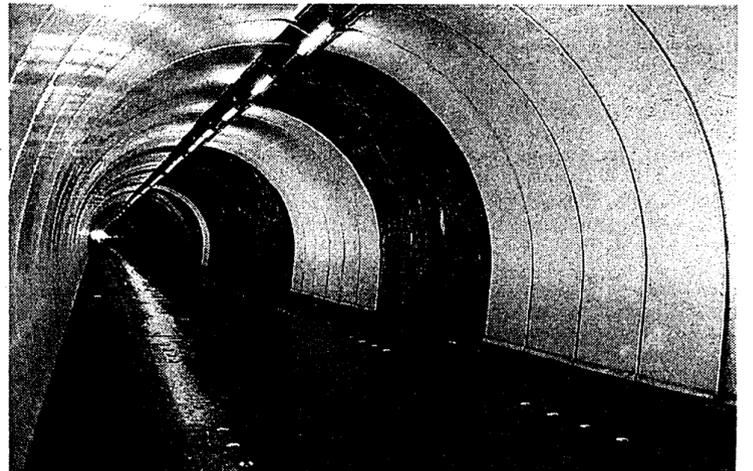
Bekanntlich kam es bei der Sanierung des Tunnels zwischen zwei Unternehmern zu Differenzen über die Finanzen, so dass sich der mit der Produktion und Montage der Tunnel-Innenverkleidung beauftragte Xaver Jehle veranlasst sah, Ende September rund 70 Tunnel-Verkleidungselemente zu entfernen, um seinen Forderungen nachdruck zu verleihen. Zudem wollte der Schaaner Unternehmer an den ausgebauten Elementen Belastungsmessungen vornehmen, um gemäss eigenen Angaben zu günstigeren Bedingungen für die Konstruktionshaf-

tung zu kommen. Da dieser Ausbau jedoch ohne Bewilligung passierte, hat das Tiefbauamt bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige eingereicht.

Einigung in Sicht

Noch letzte Woche musste die in dieser privatrechtlichen Auseinandersetzung als Vermittlerin in die Bresche gesprungene Bauministerin bei der Beantwortung einer entsprechenden Anfrage im Landtag mitteilen, dass Xaver Jehle am Dienstag letzter Woche sogar drohte, sämtliche Elemente auszubauen und andersweitig einzusetzen. Auf unsere Anfrage hin konnte Dr. Cornelia Gassner nun über eine Kehrtwende berichten: «Xaver Jehle hat sich mir gegenüber bereit erklärt, bis Ende Woche alle fehlenden Elemente wieder einzusetzen und auch die restlichen Dichtungen zu montieren. Er möchte allerdings im Frühling nochmals zwecks Messungen im Hinblick auf die Versicherungsfrage noch einmal vorübergehend drei bis vier Elemente ausbauen.»

Wie eingangs erwähnt, bestätigte Xaver Jehle gestern Abend die Ausführungen von Regierungsrätin Dr. Gassner.



Wende im Tunnel-Streit: Noch bis Ende dieser Woche sollen die ausgebauten Tunnel-Elemente wieder eingebaut und die Sanierungsarbeiten somit fertig sein. (Bild: vito)

Wie er uns gegenüber auf Anfrage hin ausführte, ist in diesem Tunnelstreit eine aussergerichtliche Einigung in Sicht. Rechtzeitig vor Beginn der Wintersaison

wird die gut 5 Millionen Franken teure Sanierung abgeschlossen sein und der Tunnel somit lückenlos in seinem neuen weissen Kleid erscheinen.

Behandlung der Europa-Initiativen verschoben

Kommission des Schweizerischen Nationalrates will Ergebnis der bilateralen Verhandlungen abwarten

Bern (AP) Die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrates hat die Behandlung der beiden hängigen Europa-Initiativen verschoben. Es sei klüger, nicht zu früh zu kommen und zuerst das Resultat der bilateralen Verhandlungen abzuwarten, sagte APK-Präsident Ernst Mühlemann.

Alles, was das Volk auf diesem schmalen Weg nach Europa noch mehr irritieren könnte, müsse vermieden werden, sagte Nationalrat Ernst Mühlemann (FDP/TP) am Dienstag an einer Medienorientierung in Bern. Deshalb habe die APK beschlossen, die Behandlung der Initiativen der Europa-Befürworter einerseits und der Europa-Gegner andererseits zu verschieben. Sie wolle nicht zu früh kommen und den bilateralen Ver-

handlungen Vorrang einräumen. Es sei in der Politik entscheidend, «just in time» zu sein, also zur rechten Zeit zu kommen. Das könnte Ende 1996 sein, sagte Mühlemann aus seiner persönlichen Warte. Darüber müsse dann aber sein Nachfolger, Victor Ruffy (SP/VD), entscheiden. Die Volksinitiative «Für unsere Zukunft im Herzen Europas» war am 3. September 1993 vom Komitee «Geboren am 7. Dezember 1992» eingereicht worden. Sie sieht vor, dass sich Volk und Stände nur zum Prinzip der Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) äussern und dem Bundesrat die Kompetenz übertragen, ein neues EWR-Abkommen abzuschliessen und zu ratifizieren. Über die Initiative der Jungen muss spätestens bis am 2. September 1997 abgestimmt

werden. Die Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» wurde am 21. Januar 1994 von den Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi eingereicht und muss dem Volk bis spätestens am 20. Januar 1998 vorgelegt werden. Sie verlangt, dass Volk und Stände den Entscheid über die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen selbst treffen. Der Bundesrat empfiehlt beide Initiativen vor allem aus formellen Gründen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die APK hat inhaltlich noch nicht Stellung zu den Initiativen und einem allfälligen Gegenvorschlag genommen. Als Gegenvorschlag steht ein unter der Federführung von Nationalrat François Loeb (FDP/BE) lancierter Vorschlag für einen «EWR auf Probe» im Raum.

Mehrwertsteuer bringt deutlich mehr

(mö) – Die Einnahmen aus der neu eingeführten Mehrwertsteuer sind im Landesvoranschlag für das Jahr 1996, der am 15. November im Landtag behandelt wird, mit 62 Mio. Franken budgetiert worden. Regierungschef Dr. Mario Frick liess am gestrigen Pressegespräch auf Anfrage allerdings durchblicken, dass dieses Ergebnis – vorsichtig formuliert – «spürbar» überfordert werde. Konkrete Zahlen wollte er aber noch nicht nennen. Die Höhe des liechtensteinischen Beteiligungssatzes an den Gesamterträgen beider Länder war jüngst Gegenstand von Verhandlungen mit der Schweiz, die laut Dr. Mario Frick inzwischen abgeschlossen sind.

LIE-NET
Der Internet-Service
für Liechtenstein

oehri electronic ag
Nellengasse 47 tel: 373 43 91
Ruggell fax: 373 43 92